

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unjeren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Abg. Posse, Haasenstein & Vogler A. G.
G. L. Danck & Co., Invalidenstrasse.

Berantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 170

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
am Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierzehn
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schriftgestaltete Notizze über deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagnausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Erprobung für die
Mittagnausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Dienstag, 8. März.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 7. März, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Gesetzestwürfe, betreffend die Führung der Aufsicht bei dem Amtsgericht I und Landgericht I in Berlin, sowie die Handhabung der Disziplinargewalt bei dem ersten Gerichte; wegen Heranziehung der Militärpersonen zu Gemeindeabgaben; wegen Anschluß der Kirchengemeinde Helgoland an die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein werden in dritter Lesung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die Berathung des Kultusrats.

Bei Titel 1 der "Ausgaben" (Ministergehalt) verlangt Abg. Neubauer (Pole) die Ausdehnung des Erlasses, nach welchem Lehrer befugt sein sollen, Privatunterricht in polnischer Sprache zu ertheilen, auf Westpreußen. Diese Forderung sei um so berechtigter, als das Verbot des Unterrichts in polnischer Sprache für Westpreußen ihre Geltung gehabt habe. Trotzdem ein solches Verbot nicht bestanden habe, sei doch von den Kreisschulinspektoren den Lehrern der Privatunterricht in polnischer Sprache untersagt worden. Der Minister möge die zu dieser Frage eingegangenen Petitionen westpreußischer Familienväter berücksichtigen. Redner bittet sodann für die Seminare und Präparandeanstalten um den obligatorischen Unterricht der polnischen Sprache und verlangt sich zugleich über die geringe Anzahl katholischer Volk- und Kreisschulinspektoren in seiner Heimat.

Abg. Rickert (df.): Durch die Presse ging neulich eine Nachricht über die Ausgaben, welche in den einzelnen Staaten für Unterrichtszwecke ausgegeben werden. Diese Zahlen röhren von einem englischen Diplomaten her. Seine Angaben sind aber nicht richtig. Denn die Ausgaben betragen in Deutschland weit mehr als 2 Mill. auf dem Kopf der Bevölkerung. Der betreffende Statistiker hat nur die Ausgaben in Anrechnung gebracht, welche vom Staate geleistet werden, und nicht in Berücksichtigung gezogen die Ausgaben der Gemeinden, welche drei Viertel der Gesamtaufwendung für Schulzwecke bilden. 1868 betrug der gesamte Unterrichtsetat 18 Mill., 1870 18½ Mill., 1873 31 Mill., 1878 44 Mill. und im gegenwärtigen Etat 101½ Mill. Das ist eine recht erfreuliche Leistung, die Preußen für sein Schulwesen gemacht. Der Hauptantheil davon fällt auf das Elementarstudium; während der Etat dafür 1870 nur 4 Millionen betrug, beträgt er jetzt über 61 Millionen. Gleichwohl muß noch Vieles geschehen, und ich freue mich, daß aus dem neuen Einkommensteuer 9 Millionen für das Volksschulgesetz vorweggenommen sind.

Alle Ausgaben aber nutzen nichts, wenn der Unterricht nicht in dem richtigen Geiste geleitet wird. Das Auswendiglernen von Bibelsprüchen, ein rein konfessioneller Schulunterricht thut es nicht. Selbst der streng orthodoxe König Friedrich Wilhelm III. hat erklärt, man dürfe die Schulen nicht in streng konfessionelle Bande zwängen. Der Unterricht kann aber vor Allem nur dann geistlich sein, wenn die Lehrer als unabhängige und freie Männer behandelt werden. Es ist die Pflicht des Kultusministers, die Lehrer in ihren verfassungsmäßigen Rechten zu schützen. Man würde die Lehrer auf ein trauriges Niveau herabdrücken, wenn man ihnen diejenigen Rechte nähme, welche die anderen Staatsbürger haben. Ich richte die Frage an den Minister und ich bitte, mich dieser Frage wegen nicht als Däufelgeist zu betrachten. Wie stellt sich der Minister zu der Verfügung der Bezirksregierung zu Danzig, nach welcher ein Lehrer nicht selbstständig einen Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft stellen darf, sondern die Erlaubnis dazu sich erst von den Kreisschulinspektoren holen müsse. Das ist ein gesetz- und verfassungswidriger Eingriff in die Rechte der Lehrer. Es ist nicht zu begreifen, wie sich eine Behörde dazu ermächtigt fühlen kann, den Lehrer zu verhindern, gerichtliche Sühne nach seinem Belieben zu suchen. Eine solche Beworhung und Rüfung der Lehrer fehlt uns noch. Als ich die Sache vorbrachte, setzte ich als selbstverständlich voraus, daß der damalige Unterrichtsminister die Sache untersuchte und rechtführte. Gleichwohl bringt ein Danziger Blatt in diesen Tagen die Nachricht, daß jene Verfügung in etwas eingeschränkt sei, aber doch die Lehrer immer noch in gesetzwidriger Weise bevormundet würden. Ich frage den Kultus-Minister, was die Sache auf sich hat!

Sodann hat die kgl. Regierung in Arnswberg in einer Verfügung den Lehrern unterfagt, für öffentliche Blätter zu schreiben; das sei eine Beschäftigung im Nebenamt, zu der sie selbst die Genehmigung zu ertheilen habe. Schon eine Kabinettsordre von 1839 untersagte den Lehrern nur eine Nebenbeschäftigung, die ihrem Amt und ihrer Würde Eintrag thue. Ich frage den Kultus-Minister, ob er damit einverstanden ist, daß die Lehrer wie Schuhungen behandelt werden?

In Frankfurt a. O. hat der Regierungspräsident eine Mahnung erlassen, nach welcher die Lehrer betrifft ihrer Erörterungen zum Volksschulgesetz bei der öffentlichen Erregung, welche darüber herrscht, Vorsicht anwenden sollten. Was soll diese Verfügung? Uns war sie interessant, weil sie die öffentliche Erregung über das Gesetz konstatierte. Die rechte Seite des Hauses meinte ja, daß die Erregung eine künftliche sei, trotzdem Städte und Universitäten dagegen entschieden protestierten. Die Freunde des Volksschulgesetzes wiesen sich aber der Erregung gegenüber nicht zu helfen, und nun fordern konservative Blätter zu Unterschriften auf für das Volksschulgesetz. In Posen hat die Bezirksregierung noch stärker vorgegangen. Dort hat sie den Lehrern ausdrücklich verboten, sich an Debatten und Revolutionen über das Volksschulgesetz zu beteiligen. Das ist ein Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte der Lehrer als Staatsbürger. Ich traue selbst diesem Unterrichtsminister nicht zu, daß er das billigt. Daß die Lehrer, wenn sie gegen das Volksschulgesetz Stellung nehmen, das auch in angemessener Weise thun werden, dazu, glaube ich, bedarf es keiner amtlichen Ermahnung.

Es ging ferner die eigentümliche Notiz durch die Zeitungen,

dass der Kultusminister die Volksschullesebücher verfaßt achtlichen wolle. Ich weiß nicht, was an dieser Notiz Wahrs ist. Es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn der Kultusminister schon sobald nach seinem Amtsantritt ohne jeden Grund eine solche Zentralisation versuchen wollte. Gerade wo durch die freie Konkurrenz alle Kräfte angespannt werden, kann das Höchste geleistet werden. Wie weit kämen wir, wenn jeder neue Kultusminister ein neues Lesebuch einführt. In der Kommission ist meine Frage bezüglich des Lesebuches für Mädchenchulen von Ernst und Tems nicht beantwortet worden. Diesem Buche ist auf Veranlassung des Vereins für Volksbildung und des Vereins für Armenpflege ein Anhang über Haushaltungsschulen beigegeben worden, und sowohl die sächsische wie die elässisch-lothringsche Regierung hat den Gebrauch des Lesebuches gefestigt. Der preußische Minister allein hat ein entschiedenes Nein der Einführung entgegengesetzt. Viele Städte, viele Leute in öffentlicher Stellung, sogar orthodox-konservative Zeitungen haben die Einführung des Lesebuches befürwortet. Statt dessen ist ein Lesebuch genehmigt worden, welches in dem bekannten Kerner'schen Lied "In einem fühlenden Grunde" die Worte "Mein Liebchen ist verschwunden" umänderte in: "Mein Onkel ist gestorben" (Heiterkeit) oder in dem bekannten Uhland'schen Gedicht "Des Sängers Fluch" die Worte: "Sie singen von Lenz und Liebe", in die Worte: "Sie singen von Lenz und Freundschaft" (Heiterkeit). Wir können noch recht viele erfreuliche dichterische Leistungen erleben.

In einigen Orten, wie in Hörde wurde 1877 eine Simultan-Schule gegründet, und die jüdische Gemeinde übergab ihr Schulvermögen der Stadtgemeinde. Nun verlangt die Regierung plötzlich die Errichtung einer besonders jüdisch-konfessionellen Schule, ohne daß die jüdischen Bürger darum nachgefragt hätten. Das ist ein Gewaltact. Das ist der Borgeschmack, den wir von dem Volksschulgesetz bekommen haben. Diese Vorlage hat die Gewissen in weiten Kreisen wachgerufen, und Männer wie Frauen sind an ihre Pflicht erinnert worden. Wir werden bis zum letzten Augenblick unsere Pflicht erfüllen und alle Kraft daran setzen, daß dieses Gesetz nicht in die Gefechthammlung kommt. (Beifall links, Bösch rechts.)

Kultusminister Graf Bedlit-Trüschler: Wir sind alle darin einverstanden, daß die Lehrer in ihren staatsbürgerlichen Rechten nicht beschränkt werden sollen. Es liegt mir fern, in dieser Richtung etwas selbst zu thun oder den untergeordneten Behörden zu gestatten. Aber andererseits muß sich der Lehrer bewußt bleiben, daß er Beamter ist, und daß er sich diejenige Beschränkung bei Meinungsäußerungen auferlegen muß, welche jeder Staatsbeamte, der die Pflicht und Ehre übernimmt, dem König und Vaterlande zu dienen, sich aufzuerlegen verpflichtet ist. (Zustimmung rechts.) Dies vorausgeschickt, halte ich jedoch Verfügunigen, die an einen konkreten Fall anknüpfen, für wenigstens möglich. Man sieht entweder über das Ziel hinaus oder trifft weiter zurück. Man verleiht, wo eine Verleihung durchaus nicht angebracht ist. Ich gebe also zu, solche Verfügunigen sind vielfach unpraktisch und lehne an, daß jeder Beamte selbst wissen muß, was er thun darf, und wenn er das nicht weiß, dann soll man ihn mit aller Strenge allen gesetzlichen Mitteln fassen.

Was die Einzelheiten betrifft, so ist die Danziger Verfügung während meiner Thätigkeit zur Regelung gekommen. Die Danziger Lehrerschaft hatte die Staatsanwaltschaft sehr oft mit Dingen befaßt, die zum größten Theil im Disziplinarwege oder freundschaftlich beigelegt werden konnten. Wer aber so leicht in dieser Weise zu gerichtlichen Schritten greift wegen Verbalinjurien u. s. w., der kompromittiert leicht seine persönliche Situation und trägt in die Gemeinde, die er zum Frieden anzuhalten berufen ist, ein Element des Bankes und Streites hinein. Wenn eine Regelung eine solche Bemerkung macht, so muß sie dagegen auf die Lehrer einwirken, aber allerdings nicht im Rahmen einer allgemeinen Verfügung, sondern in anderen Formen, die ja den Aufsichtsbehörden genügend zur Verfügung stehen. Der Gedankengang war also berechtigt, in der Verfügung hat die Regierung aber fehlgegriffen, sie hat in die persönlichen Rechte eingegriffen, was nicht zu billigen; das ist auch von mir zum Ausdruck gebracht und damit eine befriedigende Lösung geschaffen worden. — Die Verfügung der Regierung in Arnswberg über die Pflichthäufigkeit in Arnswberg hat mit dem Schulgesetz nichts zu thun. Es hat sich herausgestellt, daß Lehrer vielfach ihre Pflichthäufigkeit in den Arbeiten für die Presse geübt haben, ein Lehrer war sogar Chefredakteur einer Zeitung. Die Sache ist repariert, da die Regierung eingesehen hat, daß sie sich vergriffen hat. Dagegen kann man die Tendenz durchaus nicht missbilligen, insofern die exzentrische und agitatorische Theilnahme der Lehrer an der Presse eine Gefährdung derer zur Folge hat, namentlich bezüglich ihres Berufes. Es ist eine große Gefahr für die Lehrer, sich in das politische Parteigetriebe hineinzugeben.

Die Verfügung der Regierung zu Frankfurt a. O. war der Ausflug einer patriarchalischen Geistlichkeit. Allerdings halte ich die Verfügung nicht für richtig, es wäre besser gewesen, die Sache anders zum Ausdruck zu bringen und nicht so großen Drara zu machen. Ich habe der Regierung zu erkennen gegeben, daß ihr Verfahren nicht richtig war. In Posen ist eine allgemeine Verfügung nicht ergangen, sondern es ist durch ein Organ der Aufsichtsinstanz, den Kreisschulinspektor Schwalbe, in einem konkreten Falle den Lehrern ein Hinweis gegeben worden, daß sie sich nicht nur ihrer völlig uneingeschränkten persönlichen verfassungsmäßigen Rechte, sondern auch ihrer Beamtenqualität bewußt sein müßten. Ein gesetzwidriger Eingriff in die Rechte der Lehrer hat also nicht stattgefunden.

Was die angebliche Verstaatlichung der Lehrbücher anlangt, so ist mir ein solcher Unforn niemals in den Sinn gekommen. Niemals ist ein Gedanke geäußert worden, der das zum Ausdruck bringt. Es ist ein unverkennbares Verdienst von Fatz, daß er Ordnung in der Lehrbücherfrage geschafft hat. Eine Produktion der Lehrbücher einschränkende Thätigkeit hat nie stattgefunden und wird unter mir auch nicht stattfinden. Einen zu häufigen Wechsel der Lehrbücher bin ich aber verpflichtet, zu verhindern im Interesse von Schülern und Eltern. Das Lesebuch von Ernst ist genehmigt für die Mädchenchule in Schnedemühl

und sämtliche Mittelschulen. Es ist nur vorläufig nicht genehmigt für Volksschulen, weil es die ausgesprochene Tendenz eines Mädchenchulebuchs hat, unsere Volksschulen aber zum größten Theil gemischte Schulen sind. Die vom Vorredner angeführten Änderungen in Gedichten halte ich auch für den reinen Blödsinn, und sie werden der Unterrichtsverwaltung nicht zumuthen dürfen, sich damit zu beschäftigen.

In Hörde liegt der Fall so, daß die dortige Simultan-Schule nur von Kindern evangelischer und jüdischer Eltern besucht wird. Die Anregung zu einer Trennung in eine evangelisch-konfessionelle und jüdische Schule ist von dem Schulkollegium selber ausgegangen. Ich habe jene Verfügung der Regierung aber inhibirt. (Rufe rechts: Ob schade!) Eine Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte der Lehrer hat also nicht stattgefunden und wird auch, wenn ich hoffe, die Volksschulvorlage Gesetz wird, nicht stattfinden. (Beifall.)

Abg. Chelmicki (Pole) verlangt ebenfalls Ausdehnung des Sprachenerlasses auf Westpreußen.

Abg. v. Strombeck (Bentr.) wünscht Mitteilung über die Verwendung des hannoverschen Klosterfonds sowie des Liebesthätigkeitfonds zu Erfurt.

Geh.-Rath Kübler erwähnt, daß in den Erläuterungen des Etats bereits Aufschluß gegeben seien, daß aber die Regierung bereit sei, noch weitere Erläuterungen zu geben.

Abg. Johannsen (Dane) bittet um Auskunft über die Verlegung des Bischofssitzes von Schleswig nach Kiel, also außerhalb der Grenzen des Bistums. Solle diese Maßregel vielleicht dazu dienen, die neue Religion (Calvin), welche in Kiel so viele Anhänger gefunden habe, zu bekämpfen? Der Bischof, der es mit zwei Nationalitäten zu thun habe, müsse inmitten seines Sprengels wohnen, wenn er eine Wirksamkeit ausüben solle.

Minister Graf Bedlit-Trüschler erwähnt, daß diese Maßregel ein Ausflug des dem König von Preußen zustehenden kirchenrechtlichen Amts sei, die also der Beischlußfassung des Hauses nicht unterliege. Die Verlegung sei erfolgt, weil das Ober-Konsistorium sich dort befindet. Auf der Landeshypothek hätte sich die holsteinische und ein Theil der schleswigschen Regierung dafür ausgesprochen.

Abg. Rickert: Bei der Uebereinstimmung, die sich zwischen dem Minister und mir herausgestellt hat, ist mir fast unheimlich geworden (Heiterkeit). Der Minister hat bewiesen, daß er kein Bürokrat ist, und wir hoffen, daß es auch in Zukunft so bleibt. Was die Frage der Verstaatlichung der Lehrbücher betrifft, so ist der Gedanke deswegen aufgetreten, weil in einem der Briefe eines Buchhändlers die Behauptung ausgesprochen worden ist, daß der Minister ein einheitliches Lesebuch einführen will. Bezuglich des Ernst'schen Lesebuches möchte ich doch fragen, warum nicht in Preußen gestattet sein soll, was in Elsaß-Lothringen gestattet ist? Sind drei Viertel der Schulen auch gemischt, so steht doch dem nichts entgegen, daß die Einführung für das übrige Viertel gestattet wird. Im Übrigen möchte ich immer so glücklich sein, solche Antworten zu erhalten wie heute.

Minister Graf Bedlit-Trüschler: Der Plan, ein einheitliches Lesebuch zu schaffen, besteht nur für Berlin. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen.

Abg. Damnick (Cont.) verlangt Vermehrung der Lehrstühle für reformierte Theologen.

Abg. Jürgensen (nl.) wirft dem Abg. Johannsen Agitationen gegen das Preußenkenthum vor, welche mit seinem Eid auf die Verfassung im Widerstreit stehen. Er agitierte für die Ausdehnung der dänischen Sprache, während seine Muttersprache die deutsche sei.

Abg. Johannsen weist den Vorwurf entschieden zurück, daß er den Eid auf die Verfassung gebrochen habe, weder hier noch außerhalb des Hauses. Sonst würde er wohl vor Gericht geladen werden und von den Richtern, deren Mehrzahl dem Abg. Jürgensen ähnlich sei (Heiterkeit), verurteilt werden sein. Ich bitte den Präsidenten, mich gegen solche Angriffe zu schützen. (Beifall links.) Unrechte dänische Agitation in Norddeutschland beschränkt sich einzig und allein auf die Erhaltung der Sprache und auf die Pflege unseres Volksthums, auf die Bewahrung und Weiterentwicklung der von den Vorfahren überkommenen geistlichen und sittlichen Güter. Wir machen uns keines Ungehorsams gegen die Gesetze schuldig.

Vizepräsident v. Benda erklärt, daß er den Abg. Jürgensen nicht zur Ordnung gerufen habe, weil er ihn dahin verstanden habe, daß er die Frage zur Erwägung anheingebe, ob die Thätigkeit des Abg. Johannsen nicht mit seinem Eid in Widerstreit stehe.

Abg. Jürgensen erklärt, er habe gesagt, es sei fraglich, ob die Thätigkeit des Abg. Johannsen nicht mit dem Eid in Widerstreit stehe. Redner wirft wiederum dem Abg. Johannsen vor, daß seine Muttersprache die deutsche und nicht die dänische sei.

Abg. Johannsen erwähnt, daß er in der Grenzmark geboren sei, wo die Einwohner deutsch und dänisch verstanden.

Das Kapitel wird darauf bewilligt.

Bei dem Kapitel "Katholische Geistliche und Lehrer" bittet Abg. Biesenbach (Btr.) die Regierung, die Altkatholiken nicht zu den Katholiken zu rechnen, da das dem katholischen Bewußtsein widerspreche. Die Altkatholiken sollten in Preußen wie in Bayern behandelt werden.

Bei dem Kapitel "Provinzialschulkollegien" bricht das Haus die Berathung ab und vertagt die Fortsetzung derselben auf Dienstag 11 Uhr. Schluß 3½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

189. Plenarsitzung vom 7. März, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt mit den bis zum Schluss zurückgestellten Titeln 117 bis 119 der ordentlichen Ausgaben (Kamerun, Togo und Südwestafrika). Damit wird verbunden die Berathung des Spezialrats für die Schutzbiete.

Bei dem Etat für Kamerun, Einnahmetitel: Bölle, Ab-

gaben und Gebühren, der von 232 000 M. im vorigen Jahre auf 534 000 M. erhöht ist, bemerkt.

Abg. Richter (dfr.): In Bezug auf Kamerun sind seit vorigem Jahre keine neuen Momente zu unserer Kenntnis gelangt. Wir nehmen daher zunächst eine abwartende Stellung bezüglich der weiteren Entwicklung der Kameruner Verhältnisse ein. Gegenüber dem großen Kredit von 1½ Millionen Mark, der neben diesem Etat nebenher läuft, halten wir es für unberechtigt, noch die höheren Einnahmen im Etat für öffentliche Arbeiten und unvorhergesehene Ausgaben gegen das Vorjahr zu verwenden. Wir sind der Ansicht, daß man diese Gelder verwenden solle, um den Kredit von 1½ Millionen Mark durch größere Ratenzahlungen zu verringern. Dadurch, daß man alle Mehreinnahmen von vornherein für verwendbar erklärt zur Deckung von Mehrausgaben, und ebenso die Ersparnisse in den Ausgaben für vermeidbar erklärt für Mehrausgaben in den anderen Gebieten, macht man tatsächlich aus diesem Spezialetat ein Pauschalquartier, und durch die Übertragbarkeit des Reservesonds sogar ein von Jahr zu Jahr übertragbares Pauschquantum. Wir sehen für die Übertragbarkeit kein Bedürfnis ein; wir sehen aber davon ab, im Plenum einen Antrag zu stellen, weil wir von den anderen Parteien rechts von uns keine Unterstützung erhalten. (Beifall links.)

Der Etat für Kamerun mit 566 000 M. wird ohne weitere Debatte angenommen, ebenso der Etat für Togo mit 116 000 M.

Beim Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet. Einnahmettel: Abgaben, Gebühren (4700 M. gegen 1800 M. im Vorjahr) bemerkt.

Abg. Dr. Bamberger (dfr.): Die allgemeine Geschäftslage sowohl wie die politische Lage ist nicht dazu angehalten, das zu führen, was man mit ironischem Beigeschmac eine Kolonialdebatte in großem Stil nennt. Danach habe ich mich gerichtet, auch die Regierung, und bis kurz vor dem Schlus der vorigen Sitzung auch die Abgeordneten von jener Seite. Ich will nicht untersuchen, weshalb sie, statt sich an den konkreten Gegenstand zu halten, die Debatten von großen Universalgesichtspunkten zu führen begannen. Bei Südwestafrika bin ich aber doch verpflichtet, einige Bemerkungen zu machen.

Es ist bekannt, wie wir immer auf die unerfreuliche Lage des südwestafrikanischen Schutzgebietes hingewiesen hatten, und wie man uns aufforderte, das Geschäft mit der englisch-hamburgerischen Gesellschaft, die darauf spekuliert, nicht zu fören. Der Fortgang der Verhandlungen mit dieser Gesellschaft ist ebenfalls bekannt, und daß sie am 18. Februar d. J. ein Reingeld von 200 000 M. hat verfallen lassen. Als wir nun sagten, das sei ein Beweis, daß jene Gesellschaft eine verzweifelte Meinung von Südwestafrika haben müsse, erwiderte man uns, daß seine politische Spekulation darauf, daß, wenn das Geschäft nicht zu Stande käme, Deutschland das Gebiet doch los werden wolle, und daß die Gesellschaft dann unter günstigeren Bedingungen in seinen Besitz kommen werde. Ich frage jeden Menschen, wer 200 000 M. hingeben würde, ob auf eine solche problematische Möglichkeit. Und selbst wenn ihre Spekulation richtig wäre, so würden sie doch das Gebiet nicht umsonst bekommen. Daß die deutsche Gesellschaft Besitzerin ist und Rechte auf das Gebiet hat, weiß doch die englisch-hamburgerische Gesellschaft, da sie einen Vertrag mit ihr abgeschlossen hat. Das wäre also eine ganz verfehlte Spekulation. Nun kommt aber das Schönste. Der, dem man die ganze Geschichte in die Schuhe geschoben hat, lädt feierlich erklären — es steht gestern zum ersten Male in der „Kölnerischen Zeitung“ — daß die ganze Geschichte mit der Spekulation erfolgen ist. (Hört! hört!) Und darüber waren in der Kommission stundenlange Verhandlungen gewesen! Die verbündeten Regierungen, die hier mehrfach über diese Angelegenheit Erklärungen abgegeben haben, und die südwestafrikanische Gesellschaft haben die ganze Zeit über, auch als sie die zweite Rate des Neugeldes zahlte, nicht einen Augenblick daran gedacht, daß eine solche politische Spekulation im Gange wäre.

Den Gedanken nun, daß, falls der Vertrag scheitern würde, ein Verkauf des Gebietes ratsam sei, hat selbst Abg. Hammacher ganz naheliegend gefunden. Und auch die verbündeten Regierungen haben das südwestafrikanische Gebiet durchaus nicht als ein gutes bezeichnet. Sie haben erklärt, man solle einen Versuch machen. Wenn wir die Herren als in ihren Ausführungen zuverlässige Herren ansehen sollen, so müssen sie jetzt erklären, Südwestafrika muß aufgegeben werden. Die Goldfelder in Südwestafrika haben ja im vorigen Jahrhundert zu großen Spekulationen veranlaßt. Man hat das Vertrauen zu diesen Spekulationen aber nach und nach verloren. Und genau so ist es jetzt mit der englisch-hamburgerischen Gesellschaft gegangen. Sie hat eingesehen, daß es besser ist, 200 000 Mark aufzugeben, als 3 Millionen wegzutwerfen. Wir halten es für unverantwortlich, unter diesen Umständen auch nur einen Pfennig für dieses Gebiet weiter zu bewilligen.

Direktor des Kolonialamts Dr. Kaiser: Wenn wir jetzt die Subvention vollkommen zurückziehen, so ist es doch sehr fraglich, ob wir ein annehmbares Gebot für das südwestafrikanische Gebiet erhalten werden. (Heiterkeit rechts.) Als die südwestafrikanische Gesellschaft gegründet wurde, wurde betont, daß dieses Gebiet zwei große Vorteile vor unseren anderen Schutzgebieten hätte: zunächst ein vorzügliches Klima und dann großen Mineralreichthum. Der erste Vorteil ist unangeschlagen. Bezuglich des zweiten Punktes ist zuzustehen, daß schon große Aufwendungen für Versuche gemacht sind; aber bei dem großen Gebiet, um das es sich handelt, läßt sich aus den bisherigen Versuchen doch noch nicht ohne weiteres schließen, daß man dort überhaupt nichts zu holen, wenn auch die deutschen Versuche mißlückt sind. Das englisch-deutsche Unternehmen ist durchaus ernsthaft gemeint gewesen. Die Herren haben sehr erhebliche Mittel aufgewandt, um zum Ziel zu kommen, und man stellt auch nicht so ohne weiteres 200 000 Mark als Räumung, wenn man die Sache nicht ernsthaft angreifen will. Die Gesellschaft ist nun allerdings gescheitert, aber keineswegs, weil die englischen Unternehmer das Schutzgebiet für etwas Wertloses hielten, sondern lediglich aus finanziellen und politischen Gründen. Ich halte über Herrn Donald Currie trotz seines Vergnens alles aufrecht, was ich gesagt habe. Ein englisches Schreiben, das mir vorliegt und nähere Aufschlüsse enthält, bestätigt das aufs Neue. Donald Currie geht darauf aus, an die Stelle des deutschen das englische Protektorat zu setzen. Nach einem Bericht unseres Kommissars sind die Grenzstämme übermütiger geworden, in Folge einer Meldung, daß an die Stelle der deutschen Herrschaft die englische treten werde. Daß man nicht von der Werthlosigkeit des Gebiets überzeugt ist, beweist auch, daß die Herren schon eine neue Offerte gemacht und sich bereit erklärt haben, unter den neuen Bedingungen 2 Millionen zu geben.

Auch die Versuche, die mit der Landwirtschaft in Südwestafrika gemacht sind, sind nicht so entmutigend. Der leitende Graf Schweinitz erklärte dieses Gebiet sogar als für die Viehzucht ganz vorzüglich geeignet. Dem Wassermangel abzuhelfen, sei durchaus nicht schwierig, was auch unser dortige Kommissar Graf Pfeil bestätigt hat. Der Viehtransport nach dem Kaplande würde sehr lohnend sein, für Ansiedler würde es an lohnender Beschäftigung gewiß nicht fehlen. Im vorigen Jahre wurden uns ja 24 000 Mark für eine landwirtschaftliche Versuchsstation bewilligt, für die wir jetzt den letzten Rest fordern. Nach den Mitteilungen des Kommissars ist die Unternehmung, die damit subventionirt wird, eine durchaus gedeihliche. Daß der Versuch nicht schon vollständig gelungen ist, daß namentlich die Ausfuhr von Schafwolle kein gutes Ergebnis gehabt hat, liegt an

der Geringfügigkeit des Kapitals und an der Unkenntniß der dortigen Eingeborenen in der Schafzucht. Auch aus der Kapkolonie, aus der jetzt für 30 Millionen Mark Schafwolle ausgeführt wird, hat diese Ausfuhr vor 30 Jahren in ganz kleinem Umfange begonnen. Es ist sehr möglich, daß ein Ansiedler, der 7000—9000 Mark anlegt, nach Ablauf von 5 Jahren einen Gewinn von 1300 bis 1800 Mark erzielen kann. Die Sicherheitsverhältnisse sind dort im Allgemeinen erfreulich.

Ich bin nach allem der Meinung, daß wenn je für ein Land, für Südwestafrika das Wort gilt, daß die Götter vor den Erfolg der Schweiz gesetzt haben. Mit Geduld und Arbeit werden wir auch in Südwestafrika vorwärts kommen, wenn wir uns nach allen Kräften bemühen, dieles Land für unser deutsches Volk festzuhalten. Die Regierung ist entschlossen, Südwestafrika festzuhalten.

Abg. Dr. Hammacher (ndl.): Die Ausführungen des Regierungsvertreters zeigen, daß die Einwirkung von Herrn Donald Currie auf die Hamburgerisch-englische Gesellschaft doch viel erheblicher gewesen ist, als Herr Bamberger annimmt, und es scheint mir zweifellos, daß dieselbe auch politische Gesichtspunkte mit hineingebracht hat. Die Begründer der Gesellschaft, — ich nenne bloß den Namen Woermann, konnten unmöglich die Absicht haben, die 10 oder 20 Millionen, die das Unternehmen erfordern würde, aus eigener Tasche zu zahlen, sie hatten an eine Emission der Aktien gedacht. Sie traten lediglich aus finanziellen Gründen zurück, als sie sich in ihrer Voraussicht getäuscht sahen. Bevor Deutschland den Schutz von Südwestafrika übernahm, wurde Jahrzehnte lang ein gewinnericher Bergbau, namentlich Kupferbergbau betrieben. Als die südwestafrikanische Gesellschaft von Herrn Lüderitz die Minenberechtigung übernahm, gab sie den Kupferbergbau nur deshalb auf, weil sie nicht die für seine Rentabilität erforderlichen Kapitalien zur Verfügung hatte. Bei uns in Deutschland fehlt eben der Unternehmungsmuth. Kapitalien in größerem Stile daran zu wagen. Ähnlich ging es mit den landwirtschaftlichen Unternehmungen. Jetzt aber, nachdem man eingehende Untersuchungen ange stellt hat, darf man die allerbesten Hoffnungen auf dieses Land setzen. Tauende deutscher Auswanderer können in diesem Gebiete eine Heimstätte finden. Die Wollzucht namentlich wird dort zu großer Blüthe gebracht werden können. Deshalb müssen wir der Regierung die geforderten Mittel bewilligen. Ich thue es mit einer gewissen Resignation, aber wir müssen doch die Hoffnung haben, aus Südwestafrika etwas herauszuschlagen. Ein Baron v. Nechtritz will dort jetzt Niederlassungen in großem Stile gründen, aber er verlangt, daß zuvor dort für Ruhe und Ordnung gesorgt werde; namentlich den Häuptlingen Manasse und Hendrik Witboi, welche die dortigen Verhältnisse geradezu zu tragikomischen machen, müßte das Handwerk gelegt werden (hört! hört! links), die von einer mystischen Vorstellung von ihrer Häuptlingswürde.

Abg. Dr. Bamberger: Wo ist der gegenwärtige Werth von den westafrikanischen Kolonien? Da sich kein Kapital aus Privatbesitz bereit findet, dafür einzutreten, so muß ich sagen, daß sie gegenwärtig nichts werth sind. Für die Engländer würden sie Spekulationswerth haben. Die Bücher, die Abg. Graf Arnim zitiert hat, enthalten fast lauter ungünstige Urtheile, nur zum Schlus kommt immer ein Kapitel, wo es heißt: Trotz alledem müssen wir das Land behalten. Wenn man immer nur von der Zukunft spricht, ohne daß man irgend welche Erfolge sieht, so kann ich nur sagen, so macht man nicht Geschäfte, Leute, die so Geschäfte machen, sind Verschwender. Es ist unverantwortlich, Leute dort hinauszulocken. Der Reichskanzler hat voriges Jahr gesagt: Lassen Sie uns noch dieses Jahr versuchen, wenn es dann nichts wird, werden wir Ihnen andere Vorschläge machen. Wo sind die anderen Vorschläge? Wo ist der Reichskanzler? Er ist nicht gegenwärtig. Nun, die Journalisten haben in den Zeitungen erzählt, daß der Reichskanzler in der letzten Kolonialdebatte im Dezember während meiner Rede einen Baum gezeichnet habe, es war unbestimmt, ob es ein Lindenbaum oder ein Tannenbaum war, aber ich glaube, es war der Baum der Erkenntnis. (Heiterkeit.) Wenn der Abg. Graf Arnim mir nachgesagt hat, daß ich gemeinsam mit Donald Currie Südwestafrika an England ausliefern wolle, so hat eine solche Beleidigung durch ihn keinen Werth.

Abg. Graf v. Arnim (l.): Ich verstehe nicht, wie Herr Bamberger die Bewilligung einer so geringen Summe nicht will verantworten können. Es handelt sich doch hier nicht allein um eine wirtschaftliche, sondern auch um eine politische Frage. Der Engländer Currie geht auf nichts Anderes hinaus, als in den Besitz unseres Schutzgebietes zu kommen, nur deshalb folgt er die Taktik des Abg. Bamberger, überall zu erklären, daß Südwestafrika nichts werth sei. Herr Bamberger leistet Herrn Currie Vorschub. Südwestafrika bietet große Hoffnungen für die Zukunft, wenn Sie es auch absichtlich ignorieren. Wenn wir die Auswanderung dorthin lenken und größere Kapitalien dafür aufwenden wollen, werden wir außerordentlich günstige Resultate erzielen. Mit Witboi müssen wir ein sehr ernstes Wort sprechen, dann wird schon Ruhe im Lande sein. Es entspricht nicht der Würde Deutschlands, daß es seine Räubereien und Grausamkeiten zuläßt. Ich hoffe, daß die Regierung in nächster Zeit die Mittel fordern wird, die dazu nötig sind, diesem Treiben ein Ende zu machen. Die Erklärung der Regierung, daß sie Südwestafrika auf keinen Fall preisgeben wird, wird hoffentlich auf die englischen Spekulanten abschreckend wirken. Gegenüber dem Vorwurf, der gegen mich in der Presse erhoben ist, daß ich materiell in Südwestafrika sehr engagirt sei, bemerkt ich schließlich noch, daß ich für 3000 M. Plantagenaktien gezeichnet habe, d. i. ungefähr die Hälfte meiner Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Ich erkläre nochmals, daß die Regierung fest entschlossen ist, die Schutzbeherrschung über Südwestafrika unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, und daß sie die Mittel fordern wird, welche erforderlich sind, um den dortigen unehrbaren Zuständen ein Ende zu machen. Wir haben uns in dem Vertrage mit England eine gewisse Beschränkung aufgelegt und das hat in kolonialen Kreisen Beunruhigungen hervorgerufen. Aber wir glaubten, daß das Privatkapital, wenn wir eine gewisse Grenze überschritten, eher geneigt sein würde, sich an kolonialen Unternehmungen zu beteiligen. Zur Ermunterung bedarf es des festen unerschütterlichen Entschlusses, das zu halten, was wir haben. Um unser Ziel zu erreichen, müssen wir langsam, aber sicher vorgehen, aber wir müssen uns auch von Kleinmuth und Verzagtheit fernhalten. Auf die Erörterung des Werthes und Unwertes der Kolonien will ich mich mit Herrn Bamberger, der doch jede Kolonialpolitik verwirrt, nicht einlassen. Was wir bis jetzt auf Südwestafrika aus den Taschen der Steuerzahler verwendet haben, sind 290 000 M. Welchen Eindruck soll es in der Welt machen, wenn angefischt solcher geringen Leistungen erklärt wird: Nun sind wir zu Ende! Das würde eine schwere Schädigung unserer Kolonialpolitik bedeuten. Es würde das Vertrauen in die Stabilität unserer Kolonialpolitik zerstören. Wir können hoffen, daß deutscher Ausdauer und Thatkraft der Erfolg nicht mangeln wird. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Je schlechter die Sache ist, die man vertheidigt, desto stolzer sind die Worte. (Große Heiterkeit.) Als vor acht Jahren die südwestafrikanische Angelegenheit in der Bürgerversammlung auftauchte, da habe ich schon gleich gesagt, daß dieses Südwestafrika noch allem, was man davon hören und lesen kann, nichts weiter ist als ein elendes Sandloch, gar nicht werth, daß man die Hand darauf legt. Und das hat sich in jedem Jahre mehr bewährt. Lüderitz ist verschollen und damit war die erste Ära, die des Handels zu Ende. Es folgte die bergmännische, und da hat doch der Kolonial-Enthüller Hammacher selbst erklärt, er gäbe nicht eine Mark für die bergbaulichen Aussichten in Südwestafrika. Dann kommt die landwirtschaftliche Ära. Wir kennen die für Afrika geltende Regel: wo es fruchtbar ist, ist es ungehund, und wo es gesund ist, ist es unfruchtbar. Letzteres trifft hier zu. Will man etwa Lustlure in Südwestafrika einrichten? Die großen Schlächtereien, die man dort etabliert haben, haben längst banterott gemacht. Überall fehlt es an Wasser, und auf das phantastische Projekt des Dr. Betschüel-Lösche, ganz Südwestafrika fünfzig zu bewässern, dürfte doch im Ernst Niemand eingehen. Selbst aber wenn eine ausgedehnte Schafzucht möglich wäre, was würde die Folge sein? Ein Preisdruck für Wolle auch auf dem heimischen Markt. Und dabei wollen die Herren von der Rechten noch Preise für die Förderung der Schafzucht in Südwestafrika ausspielen, dieselben Herren, welche einen Wollzoll verlangen. Hier beläßt sich ihre ganze Wirtschaftspolitik wieder mal in den Schwanz. Der Kolonialdirektor hat sich heute auf einen Bericht des Hauptmanns v. François berufen, daß die Boeren sich dort aufzuhalten.

schon früher gehabt, ehe wir an Kolonialpolitik dachten. Welch-Uebel die Missionen mit sich bringen, hat uns der Abg. Hammacher selbst schon in der Schilderung des Häuptlings Witboi dargestellt. Der bezieht sich auf Gott, wenn er Vieh steht und sagt: das ist nun mal mein Uros (Heiterkeit), früher hieß es: Gott sei Dank, der Witboi steht nur bei den Eingeborenen, nicht bei den Deutschen. Das trifft aber nicht zu. Und glauben Sie nicht, daß Witboi der einzige ist, der steht. Auch die Wahreherero sind so in ihrem Selbstbewußtsein emporgehoben, daß sie auch sieben angefischt der Schutztruppe. Die 300 000 Mark sollen hier bewilligt werden mit Rücksicht auf 310 Deutsche, welche dort sind. Dann sollte man doch lieber diese Deutschen hierher überführen und pensionieren (Heiterkeit), anstatt den Zuschub noch zu erhöhen. Es würde uns mehr imponirt haben, wenn die Herren, die an dieser Sache beteiligt sind, die Herren Hammacher und Graf Arnim, sich selber entschlossen, 1000 oder 20000 M. da hineinzustechen. Wenn Südwestafrika eine Zukunft hat, so hat es diese nur im englischen Besitz. Der Staatssekretär sagt, vor den Erfolg hätten die unsterblichen Götter den Schweiz gesetzt. Nun, um Schweiz zu vergleichen, brauchen wir nicht erst nach Südwestafrika zu gehen, und wer ihn in kolonialen Dingen vergleichen will, hat auch so Spielraum genug. Wenn gesagt wird, daß, weil wir Südwestafrika haben, wir es auch behalten müßten, so kommt mir das gerade so vor, als wenn jemand sagt, man wolle dem deutschen Volk die Schulden erhalten. Der Abg. Bamberger soll gesagt haben: Fort mit jeder Kolonie. Der Staatssekretär scheint auf dem Standpunkte zu stehen: her mit jeder Kolonie. Wir haben durch den englischen Vertrag schon unsere Kolonialpolitik eingegrenzt, und es wäre gut, wenn wir so bald wie möglich suchen, von Südwestafrika loszulommen.

Abg. Dr. Bamberger: Wo ist der gegenwärtige Werth von den westafrikanischen Kolonien? Da sich kein Kapital aus Privatbesitz bereit findet, dafür einzutreten, so muß ich sagen, daß sie gegenwärtig nichts werth sind. Für die Engländer würden sie Spekulationswerth haben. Die Bücher, die Abg. Graf Arnim zitiert hat, enthalten fast lauter ungünstige Urtheile, nur zum Schlus kommt immer ein Kapitel, wo es heißt: Trotz alledem müssen wir das Land behalten. Wenn man immer nur von der Zukunft spricht, ohne daß man irgend welche Erfolge sieht, so kann ich nur sagen, so macht man nicht Geschäfte, Leute, die so Geschäfte machen, sind Verschwender. Es ist unverantwortlich, Leute dort hinauszulocken. Der Reichskanzler hat voriges Jahr gesagt: Lassen Sie uns noch dieses Jahr versuchen, wenn es dann nichts wird, werden wir Ihnen andere Vorschläge machen. Wo sind die anderen Vorschläge? Wo ist der Reichskanzler? Er ist nicht gegenwärtig. Nun, die Journalisten haben in den Zeitungen erzählt, daß der Reichskanzler in der letzten Kolonialdebatte im Dezember während meiner Rede einen Baum gezeichnet habe, es war unbestimmt, ob es ein Lindenbaum oder ein Tannenbaum war, aber ich glaube, es war der Baum der Erkenntnis. (Heiterkeit.) Wenn der Abg. Graf Arnim mir nachgesagt hat, daß ich gemeinsam mit Donald Currie Südwestafrika an England ausliefern wolle, so hat eine solche Beleidigung durch ihn keinen Werth.

Abg. Dr. Hammacher: Wenn alle Deutschen die Sache so nüchtern ansehen wie der Vorredner, so würden wir nie zu Kolonien gekommen sein. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit links.) Ja, wir würden auch nicht zur Errichtung des Deutschen Kaiserreichs gekommen sein. (Widerpruch links.) Eine gewisse Idealität ist auch auf wirtschaftlichem Gebiet nötig. Wir müssen alles daran setzen, für unsere Auswanderer ein neues Gebiet zu eröffnen, das sie mehr an Deutschland fesselt. Herr Richter hat in seinem Ausführungen über meine Beziehungen zum Bergbau Redenwendungen gebraucht, die er wohl in seinem Wahlkreise vor seinen Wählern gebrauchen könnte, wo man nicht Werth legt auf die Achtung der parlamentarischen Mitglieder. Ich finde keinen parlamentarischen Ausdruck für solche Insinuationen.

Abg. Graf v. Arnim: Herr Richter scheint nicht zu wissen, daß zu der Entwicklung einer Nation gewisse Stadien gehören; die Kultur entwickelt sich aus der Viehzucht, und dann kommt erst der Handel. Herr Richter wundert sich aber, daß nicht jetzt schon in Afrika Fabrikorte entstehen. Wenn ich Geld in die kolonialen Unternehmungen legen würde, wie er mir anrieth, so würde man mir Interessenvertretung vorwerfen. Abg. Bamberger will mit mir parlamentarisch nicht mehr verfehren. Er hat erklärt, er halte es nicht der Mühe werth, meinetwegen zur Ordnung gerufen zu werden. Ich werde ihm Gelegenheit geben, außerhalb des Hauses auf andere Weise mit mir zu verhandeln. Ich möchte glauben, daß ein Mann, der vor vielen Jahren die Klinte gerade so ins Korn geworfen hat, wie er jetzt die Klinte wegen der Kolonien ins Korn wirft, etwas vorsichtiger sein sollte in derartigen Ausdrücken. Ich begreife nicht, wie man wegen 300 000 M. stundenlang debattieren kann. Beim Telegraphengesetz wollten Sie kühler Hand 50—60 Millionen den Steuerzahldern zumuteten.

Staatssekretär v. Marschall: Wir dürfen allerdings nicht die Hoffnung haben, Vorschläge zu machen, die die Billigung der Abgeordneten Bamberger und Richter finden. Ich verstehe wohl,

dass man grundsätzlicher Gegner der Kolonialpolitik sein kann, ich verstehe aber nicht, wie man, nachdem einmal eine deutsche Kolonialpolitik getrieben wird, sie mit dem Aufwand aller oratorischen Dialektik herabzuwürdigen versuchen kann.

Abg. Richter: Ich habe dem Abg. Hammacher nur eine Anerkennung seiner Sachkenntniß aussprechen wollen, da er die Bedeutung des Bergbaues in Südwestafrika so richtig gewürdig hat. Ihm einen Vorwurf zu machen lag mir fern. Wenn Herr Hammacher so überzeugt ist von der Aussicht der Landwirtschaft in Südwestafrika, so würde es weit mehr Eindruck machen, wenn er seine Gesellschaft veranlassen würde, neues Kapital in diese Unternehmungen zu stecken. Herr Hammacher glaubt sogar die Entstehung des Deutschen Reichs mit der Kolonialpolitik in Verbindung bringen zu müssen. Das wäre so, wie wenn ein Notleidender, der etwas Mittel erhält, sich gleich statt seiner defekten Kleidung eine prächtige Kleidung anschaffen wollte, ehe er für das Notwendigste gesorgt hätte. Herr Hammacher sollte daran denken, wie er seiner Zeit die Verstaatlichung der Eisenbahnen geprägt und getrieben hat und jetzt selbst erklären muß, daß wir mit der Eisenbahnpolitik auf einen toten Punkt angelangt seien. (Hört, hört! links.) Von der Kolonialpolitik kann man das allerdings nicht sagen, denn die ist über einen toten Punkt noch nie hinausgekommen. (Lebhafte Beifall links.)

Zur Bezugnahme auf das Telegraphengesetz bemerke ich: Wenn Geld aufgewendet wird, um den Selbstdruck der telegraphischen Anlagen zu ermöglichen, so geschieht das im Interesse der Entwicklung der Elektrizität auf anderem Gebiete als dem Nachrichtenwesen, also im Interesse des Transports, der Industrie und des Handwerks. Dann haben solche Aufwendungen einen Zweck, während hier Aufwendungen gemacht werden, für die später die Kosten nicht herausgeschlagen werden. Graf Arnim kann sicher sein, daß ich ihm nicht den Vorwurf der Gewinnsucht gemacht habe. (Heiterkeit.) Von Anfang an, als die Herren vom Fürsten Bismarck veranlaßt wurden, sich an Kolonien zu beteiligen, schrieben sie von vornherein alle Beiträge für koloniale Unternehmungen zu fonds perdu.

Nun wird gemeint, nachdem wir einmal Kolonien haben, dürfen man nicht tadeln und kritisieren, aber Sie selbst haben doch eine Beschränkung der Kolonialpolitik herbeigeführt durch den deutsch-englischen Vertrag. Dort haben Sie der Entwicklung der Kolonialpolitik weit engere Grenzen gesteckt, als wir es wollen. Darum weil wir

Kolonien haben, steht es noch nicht fest, wie viel wir dafür opfern wollen, und wenn wir nicht die Abreitung herbeiführen können, so wollen wir wenigstens den Staat oder doch das Publizum hindern, Gesundheit und Leben zu opfern und Kapital in Unternehmungen zu stecken, die nur zu Verlusten führen müssen. (Beifall links.)

Abg. Graf Mirbach (kons.): Wir teilen den Standpunkt der Regierung auch auf dem Gebiet der Kolonialpolitik vollkommen und werden sie nach Kräften darin stets unterstützen. Ich konstatiere, daß die freisinnigen Redner auch heute wieder eine Konsequenz ihrer früheren Geltung deutscher Bestrebungen auf diesem Gebiete, so gut es ging, diskreditirt haben.

Abg. Dr. Bamberger: Graf Arnim scheint Rücksichten für sich in Anspruch zu nehmen, die er Anderen nicht zuerkennt. Er hat behauptet, es sei meine Absicht, mit Herrn Kurie Südwest-Afrika den Engländern in die Hände zu spielen. Wenn das wahr wäre, so wäre ich geradezu ein Schurke. Ich habe die Aussage hingehen lassen, ohne ihn zu unterbrechen. Ich habe ihn in der schonendsten Weise zurückgewiesen, indem ich erklärte, ich würde dem Grafen Arnim nicht in einer Weise antworten, die ihm gebührte. Zu dieser ersten Beleidigung hat Herr Arnim noch eine zweite hinzugefügt, daß ich die Flinte wieder ins Korn geworfen hätte. Und er meinte damit, daß er mich mit dieser Rede völlig überwältigt habe. (Heiterkeit.) Ich bin schließlich in die Jahre gekommen, wo man mit derlei Dingen nicht mehr spielt. Ich will nicht im deutschen Parlament die Sitze einreihen lassen, daß man auf Beleidigungen nicht antwortet, sondern seinen Sefundanten schickt. Aber auf diese Herausforderung werde ich nicht eingehen, und ich glaube damit die öffentliche Meinung für mich zu haben. (Heiterkeit und Beifall.)

Präsident v. Lebeck bemerkte, er hätte den Grafen Arnim so verstanden, daß die Bestrebungen des Abg. Bamberger dazu führen müßten, daß Südwestafrika ausgeliefert würde.

Abg. Dr. Bamberger: Ich bin mir fest bewußt, daß Graf Arnim zweimal gefaßt hat, ich hätte die Absicht, Südwestafrika auszuliefern.

Abg. Graf Arnim: Ich habe die Rede des Abg. Richter gehört, in welcher derselbe ansführte, daß die Kolonie für England einen größeren Werth hat als für Deutschland. Deswegen war ich berechtigt zu glauben, daß Abg. Bamberger, der ja dieselben Ansichten vertreten hat, den Wunsch hatte, daß diese Kolonie von England in die Hand genommen werde, weil er glaubt, daß die Last einer solchen Kolonie für Deutschland zu schwer ist. Ich bin überzeugt, daß Abg. Bamberger dem Vaterland damit einen Dienst zu erweisen glaubt; aber ich bin weit entfernt zu behaupten, daß Abg. Bamberger vaterlandslose Tendenzen verfolge.

Abg. Bamberger: Nach dem Wortlaut der Rede mußte ich eine Beleidigung als vorliegend annehmen. Es ist mir aber lieb und angenehm, daß Arnim erklärt hat, es wäre nicht so gewesen. Darauf hin bin ich natürlich bereit, meine Raptit zurückzunehmen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Etat für Südwestafrika wird in seinen einzelnen Positionen angenommen, ebenso das Etatsgesetz für die Schutzgebiete nach dem Kommissionsantrage, wonach der in diesem Jahre bewilligte Etat die Norm sein soll auch für die beiden nächsten Etatsjahre.

Darauf verzagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr (Interpellation Freiherr v. Stauffenberg betr. Schutz des Urheberrechtes und Konvention mit Nordamerika. Etats) Schluß 5½ Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Memel. 7. März. In der großen städtischen Markthalle brach heute Abend 7 Uhr eine heftige Feuersbrunst aus, die den ganzen westlichen Theil derselben bereits in Asche gelegt hat. Um 8½ Uhr wurde eine größere Militärabtheilung zur Absperrung und Hilfeleistung herangezogen. Zahlreiche Waarenvorräthe sind vernichtet. Das Feuer soll durch Fahrlässigkeit entstanden sein.

Hamburg. 7. März. „Der Hamb. Börsenh.“ wird aus Atherfield (Insel Wight) gemeldet:

Der Norddeutsche Lloydampfer „Eider“ ist durch die drei Bergungsdaumper „Hermes“, „Belos“ und „Neva“ vom Felsen gehoben worden. Das Wasser drang sofort schneller ein als es ausgespumpt werden konnte und zwar 3 Zoll mehr per Stunde. Die Mannschaft zündete darauf die eigenen Feuer der „Eider“ an und konnte das Wasser nun selbst herauspumpen. Anfangs nächster Woche, wo der höchste Wasserstand des Jahres ist, soll der Versuch gemacht werden, das Schiff flott zu machen.

Hamburg. 7. März. Wie die „Hamburgische Börsenhalle“ meldet, ist der Dampfer „Messina“ der Slomanischen Reederei, der am 18. Februar von Cardiff mit Kohlen nach dem Mittelmeer abging, am 19. Februar bei den Scilly-Inseln durch Sturm total verloren gegangen. Der Koch wurde durch den Dampfer „Coatam“ in Port Said gelandet. Von der übrigen Mannschaft fehlt jede Spur.

München. 7. März. (Kammer der Abgeordneten.) Gegenüber den Zentrumsabgeordneten Daller und Schädler und dem Freisinnigen Beck hob der Kultusminister hervor, die Staatsregierung werde jede Schädigung der Moral durch die Kunst thunlich fernhalten. Indessen sei die Grenze zwischen begründeter Beanstandung der Kunstsinn und Pruderie schwierig einzuhalten. Nebrigens fungire die Staatskommission für Einkäufe von Kunstuwerken auf das Gewissenhafteste. Die Münchener Jahres-Kunstaustellungen könnten nur fortbestehen, wenn sie international blieben. Hierauf wurden die geforderten Summen von 42 860 M. für Kunstdförderung und 100 000 M. für Kunstabläufe einstimmig genehmigt. Morgen Etat der Landwirtschaftsschulen.

Prag. 7. März. Der Klub der konservativen Großgrundbesitzer hat ein Communiqué folgenden Inhalts beschlossen:

Die Berathung der Ausgleichsvorlagen in der gegenwärtigen Landtags-Sesssion hätte die Bedeutung einer schädlichen Verfälschung der Gegenläufe. Die konservativen Großgrundbesitzer hoffen, der Moment zu einer aussichtsvollen Wiederaufnahme des Friedenswerkes werde wiederkommen; sie erkennen vollständig ihre Verbindlichkeit in Folge des Beschlusses vom 26. Januar 1890 an, allein mit dieser Verbindlichkeit stehe im Widerspruch, wenn die Verhandlung in einem Zeitpunkt falle, wo die Ablehnung der Anträge durch den Landtag sicher sei. Da eine Ablehnung der Ausgleichsvorlagen gefährlich und dem nationalen Frieden schädlich wäre, erachten die konservativen Großgrundbesitzer es für ihre patriotische Pflicht, im Sinne der Vertragung der Landtagsverhandlungen über die Ausgleichsvorlagen zu wirken.

Prag. 7. März. Gegenüber dem vom Klub der konservativen Großgrundbesitzer veröffentlichten Communiqué haben die deutschen Abgeordneten beschlossen, sich ihre Stellungnahme bis nach Einbringung der Ausgleichsvorlagen und bis eine diesbezügliche Erklärung seitens der Regierung vorliegt, vorbehalten.

Rom. 7. März. Nach hier eingegangenen Telegrammen ist heute Mittag 1 Uhr 10 Minuten in Milazzo ein heftiges wellen-

förmiges Erdbeben, um 12 Uhr 56 Minuten auf den Liparischen Inseln ein sehr starkes, mehrere Sekunden dauerndes Erdbeben verspürt worden.

Paris. 7. März. (Deputirtenkammer.) An Stelle des zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannten Vizepräsidenten Biette wurde Burdeau (radikal) zum Vizepräsidenten gewählt.

Paris. 7. März. In den Kohlengruben von Carmaux-Albi haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt. Dieselben verlangen eine Lohnerhöhung. Bisher ist keine Ruhestörung vorgekommen.

Lissabon. 7. März. Ein Sturm hat hier großen Schaden angerichtet. Sechs Personen haben dabei das Leben eingebüßt. Die Schiffahrt auf dem Tajo ist unterbrochen.

London. 7. März. Der „Times“ wird aus Kangun von gestern gemeldet: Lieutenant Ehlers ist wohlbehalten in Zimme angekommen, von wo er sich einer Karawane durch die Schan-Stämme nach Nünnan und Talisu anschließen wird.

Belgrad. 6. März. Die Skupstichting hat in namentlicher Abstimmung mit 73 gegen 12 Stimmen das rektifizierte Budget angenommen, welches in den Einnahmen mit 60 135 839, in den Ausgaben mit 60 110 595 Frs. abschließt. Kattic sprach für dasselbe, der bisher regierungsfreundliche Pope Protopopiew dagegen, weil er überzeugt sei, daß das diesjährige Defizit 5 bis 6 Millionen betragen würde und das Budget überhaupt gegen das Programm der Radikalen verstöre.

Lissabon. 8. März. Die Kammer genehmigte die Brüsseler Antislavereiakte.

Athen. 8. März. Der ehemalige Gesandte in Rom, Meletopoulos, ist zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. Das Kabinett ist nunmehr vollständig konstituiert.

Angelokommene Fremde.

Posen. 8. März.

Grand Hotel de France. Die Mittergutsbesitzer Graf Szembek a. Siemianic, b. Trzebinski a. Bendzitow, b. Chlapowski und b. Storozewski a. Putynia, b. Radonki a. Rykland, Fuß a. Golzig, Reichsrathsabgeordneter Dr. v. Lewicki a. Berlin, Rittmeister Graf v. Hütten-Czapki a. Kasel, die Eigentümer Lutowska a. Görlitz, Wawrzyniak a. Antonin, Sawinski a. Komte, die Kaufleute Buttar a. Breslau, Schichtmeyer a. Danzig, Bücker a. Hamburg, Byczek a. Lobsens.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Neuburger a. Stuttgart, Wolff, Prinz, Gerold, Höhler, Dümchen, Dittmann, Jakmann a. Berlin, Venack a. Breslau, Mandelbaum a. Frankfurt a. O., Bein a. Chemnitz, Fassling a. Hütteswagen, Rohde a. Würzburg, Schindler a. Plauen, Höhler a. Dresden, Schönberg a. Posen, Berger a. Hamburg, Weßheller a. Herlohn, Una a. Bremen, Öttemeier a. Göppingen, die Mittergutsbesitzer Winter a. Placzk, Reissner a. Ostrowieczo, Hüttdirektor Maus a. Ulrich, Oberförster Kirchner a. Grünhilde.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Fabrikant Elshorff a. Mühlhausen, Privatier Kottow a. Liegnitz, Regierungsrat Friedeburg a. Erfurt, Tuchfabrikant Hübner a. Forst i. L., Rechtsanwalt Dr. Willugk a. Flatow Westpr., die Rittergutsbesitzer Spener a. Grünberg, Meyerhard a. Mainz, Geisler a. Bromberg, Tangermann a. Trier, Steinwasser a. Hamburg, Lambrecht a. Duisburg, Nemus a. Braunschweig, Schweig a. Hannover, Hanke a. Großenhain.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Haberlein a. Landsberg a. W., Weigt a. Breslau, Maurer, Timmendorfer, Buddeweg und Weiß a. Berlin, Gessert a. Pleichen, Bohmann a. Döbeln i. Schl., Tiebig a. Langenblau, Gebrieck a. Magdeburg-Bückau, Wiener a. Hohenstein, Rittergutsbesitzer Raschke a. Pakisch, Fabrikant Bernhardt a. Hellgendorf, Versicherungs-Inspektor Kahlert a. Berlin, Kataster-Kontrolleur Rüden a. Neutomischel, Frau Natalie Börsenf. u. Sohn a. Ostrowo.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Lindemann, Fränkel, Mendel, Lazarus a. Berlin, Grudzinski a. Krobelow, Hentrich, Jacober a. Breslau, Russak a. Bromberg.

Keilers Hotel zum Engl. Hof. Die Kaufleute Friedmann a. Königsberg a. Königsberg, Grünfeld a. Klenow, Bagon a. Danzig, Lehrer Brok a. Schoden, Gutsbesitzer Bojak a. Czynin, Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus (R. Heyne). Die Kaufleute Hirsch a. Köln, Winkler a. Chemnitz, Rosenberg a. Neurode, Wollstein, Gumpel und Höhn a. Berlin, Oppenheimer, Prober a. Krakau, Heyder a. Algenau, Blei a. Guttstadt Westpr., Fabrikant Menzel a. Hamburg, Gutsbesitzer Droz a. Kietzykriek, Inspektor Mühlmann a. Briesen, Maurer- u. Zimmermeister Franke a. Altona.

Handel und Verkehr.

Berlin. 7. März. In der heute abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Diskonto-Gesellschaft, in welcher 613 Stimmen vertreten waren, wurden die Berichte des Aufsichtsraths und der Direktion bezüglich des verflossenen Geschäftsjahrs vorlegte, auf die Verlesung derselben aber verzicht gelehnt. Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung wurde genehmigt und der Verwaltung Entlastung erteilt. Die aus dem Aufsichtsrath zusätzlichen Mitglieder, Herren R. v. Hardt, G. Hansemann, M. Böninger und Stadtrath Baisl wurden einstimmig wiedergewählt. Es wurde mitgetheilt, daß die Dividende vom 8. März ab zur Auszahlung gelangt.

*** Frankfurt a. M.** 7. März. Das Arrangement der Bankfirma St. Goar ist perfekt geworden, die Gläubiger erhalten 50 Prozent ihrer Forderungen.

Marktberichte.

Breslau. 7. März. (Amtlicher Produkten-Börsen-Vertrag.) Morgen 5. 1000 Kilo — Gef. — Tfr. — abgelaufene Kündigungsscheine —, v. März 220.00 Gd. p. April-Mai 218.00 Gd. Hafer (p. 1000 Kilo) v. März 148.00 Br. Rück 51 p. 100 Kilo v. März 58.50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Br.) ohne Tax: excl 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe gesundigt — Liter, v. März (50er) 62.80 Gd. März (70er) 43.30 Gd., April-Mai 44.30 Gd. Juli-August 45.80 Br. August-September 45.80 Br. 51 Br. Ohne Umsatz. Die Butterkommission.

**** Berlin.** 7. März. [Butter-Vertrag von Guist. Schulze und Sohn in Berlin.] Die bisherige feste Stimmung übertrug sich auch auf die verflossene Woche. Der Konsum war anhaltend schwach, Zufuhren in Hofbutter jedoch wieder sehr klein und da gar keine Lager vorhanden sind, konnten sich Preise fest behaupten. Rege Nachfrage bestand nach allen Sorten Landbutter, wovon wenig eingang und gelang es hierfür höhere Preise zu erzielen. — Ämtliche Notirungen der von der ständigen Deputation gewählten Notrungs-Kommission. Im Großhandel franko Berlin an Produzenten bezahlte Abrechnungspreise. Butter.

Hof- und Genossenschafts-Butter Ia. per 50 Kilo 117—120 Mf., IIa. 112—116 Mf., IIIa. 108—111 Mf., abfallende 102—105 Mf., Landbutter: Preußische 90—95 Mf., Niederrheinische 90—95 Mf., Pommerische 93—96 Mf., Polnische 90—93 Mf., Schlesische 90—95 Mf., Margarine 40—70 Mf. Tendenz: Feine Butter unverändert, Landbutter fest.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1892.

D a t u m	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm;	W i n d	W e t t e r	T e m p. Grad
S t u n d e	66 m Seehöhe.			
7. Nachm. 2	755,7	NW mäßig	bedeckt ¹⁾	— 1,6
7. Abends 9	755,1	NO schwach	bedeckt ²⁾	— 2,6
8. Morgs. 7	752,2	NW mäßig	bedeckt ³⁾	— 4,1
		1) Vormittags schwacher Schneefall. 2) Nachmittags und Abends Schnee.		
Am 7. März	Wärme-Maximum —		1,3° Cell.	
Am 7.	Wärme-Minimum —		7,4° =	

Wasserstand der Warthe.

P o s e n	am 7. März Morgens 2,40 Meter.
=	Mittags 2,40 =
=	Morgens 2,38 =

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau. 7. März. Ruhig. Neue 3proz. Reichsscheide 84,55, 3½ proz. Q.-Bandsbr. 96,85, Konsol. Türk. 18,60, Türk. Loosse 77,25, 4proz. ung. Goldrente 91,90, Bresl. Diskontobank 92,60, Breslauer Wechslerbank 94,25, Kreditbank 169,40, Schles. Bankverein 109,20, Donnersmarthütte 76,25, Flößer Waldhütte 119, —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 122,00, Oberschles. Eisenbahn 52,00, Oberschles. Porzellan-Gement 95,00, Oppeln. Cement 97,50, Schles. Damask. —, Frankf. 119,00, Schles. Zinkfatten 100,00, Verein. Oelfabrik 89,00, Österreich. Banknoten 171,90, Russ. Banknoten 206,00, Giesel Cement 101,00.

Frankfurt a. M. 7. März. (Schlußkurse). Schwach. Lond. Wechsel 20,417, 4proz. Reichsanleihe 106,55, österr. Silberrente 80,60, 4½ proz. Papierrente 81,20, do. 4proz. Goldrente 94,90, 1860er Loosse 123,50, 4proz. ungar. Goldrente 92,00, Italienloose 87,70, 1880er Russen 92,40, 3. Orientali. 64,80, unifiz. Egypt 95,80, tonb. Türk. 18,70, 4proz. türk. Aufl. 82,90, 3proz. port. Aufl. 26,80, 5proz. franz. Rente 79,70, 5proz. amort. Rumäniens 96,80, 6proz. tonb. Mexit. —, Böh. Weiß. 299, Böh. Nordbahn 155, Franzosen 245,4, Galizier 181, Gotthardsbahn 133,80, Bombarden 71,1, Löbde-Büchen 146,00, Nordwestbahn 177, Kreditaktien 262, Darmstädter 123,00, Mittelb. Kredit 96,00, Reichsb. 146,50 Dist., Kommandat 180,9

Loko neuer 208–215. — Roggen loko ruhig, meistens. Loko neuer 215–220, russ. loko ruhig, neuer 188–190 nom. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübel (unber.) ruhig, loko 57,00. Spiritus flau, per März–April 34%, Br., per April–Mai 34%, Br., per August–Sept. 35 Br., per Sept.–Okt. 35% Br. — Kaffee ruhig. Umfang 3000 Sac. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,25 Br., per Aug.–Sept. 6,25 Br. — Wetter: Kalt.

Hamburg, 7. März. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 67%, per Mai 67%, per Juli —, per Sept. 65%, p. Dez. 62%.

Hamburg, 7. März. Budermarkt (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg v. März 14,20, v. Mai 14,50, p. August 15,87%, v. Oktober 13,12%. Mott.

Best, 7. März. Getreidemarkt. Weizen loko flau, per Frühjahr 10,19 Gd., 10,21 Br., per Mai–Juni 10,17 Gd., 10,19 Br., p. Herbst 9,24 Gd., 9,26 Br. Hafer p. Frühjahr 5,72 Gd., 5,74 Br. Neu-Mais p. Mai–Juni 5,30 Gd., 5,31 Br. Kohlraps v. Aug.–Sept. 13,30 Gd., 13,45 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 7. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen behauptet p. März 25,60, p. April 25,80, p. Mai–August 26,60, p. Sept.–Dez. —. Roggen ruhig, per März 19,20, per Sept.–Dez. 18,60. Mehl behauptet, p. März 54,60, p. April 55,40, p. Mai–August 56,90, p. Sept.–Dez. —. Rübel träge, p. März 55,75, p. April 55,75, p. Mai–Aug. 57,00, p. Sept.–Dez. 58,25. Spiritus ruhig, p. März 46,25, p. April 45,75, p. Mai–August 44,25, p. Sept.–Dez. 40,50. — Wetter: Kalt.

Paris, 7. März. (Schlussbericht.) Rohzucker ruhig, 88 p.Ct. loko 38,50 à 38,75. Weicher Buder behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogr. p. März 39,75, p. April 40,00, p. Mai–August 40,62%, p. Okt.–Jan. 36,25.

Havre, 7. März. (Teleg. der Hamb. Firma Beimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Basse.

Ris 11 000 Sac. Santos 10000 Sac. Recettes für Sonnabend.

Havre, 7. März. (Teleg. der Hamb. Firma Beimann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 92,50, p. Mai 87,50, p. Sept. 88,75. Behauptet.

Antwerpen, 7. März. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer unverändert. Gerste ruhig.

Antwerpen, 7. März. Wolle. (Teleg. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Blata = Zug, Type B., per April 4,17%, Juli 4,25, August —, Okt. 4,30 Römer.

Antwerpen, 7. März. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loko 15 bez. u. Br., v. März 15 Br., p. April 15%, Br., p. Sept.–Dez. 15%, Br. Schwächer.

Amsterdam, 7. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, p. März 232, p. Mai 241. — Roggen loko geschäftlos, do. auf Termine fest, per März 221, ver Mai 228. Raps per Frühjahr —. Rübel loko 28, p. Mai 26%, p. Herbst 27%.

Amsterdam, 7. März. Vancazel 54%.

Amsterdam, 7. März. Java-Kaffee good ordinary 54.

Glasgow, 7. März. Rabatten. (Schluss.) Mixed numbers warrants 40 ff. 3 d. Käufer, 40 ff. 6 d. Verkäufer.

Glasgow, 7. März. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 3664 Tons gegen 2835 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Bradford, 7. März. Wolle fest, ruhig; Garne gedrückt und billiger verlässlich; Stoffe geschäftlos.

London, 7. März. 96 p.Ct. Javazucker loko 15% ruhig.

Rüben-Rohzucker loko 14% ruhig.

London, 7. März. Chilli-Kupfer 45%, per 3 Monat 46%.

Liverpool, 7. März. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Wirtschaftlicher Umsatz 8 000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 18 000 Ballen.

London, 7. März. Die Getreidezufrachten betragen in der Woche vom 27. Februar bis 4. März: Englischer Weizen 1502, fremder 20 231, englische Gerste 3269, fremde 8785, englische Malzgerste 20 421, fremde 7, englisch. Hafer 660, fremder 16 162 Orts. Englisch. Mehl 18 410, fremdes 22 147 Sac und 2 Fuß.

London, 7. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Englischer Weizen ruhig, aber stetig, fremder gegen vorige Woche unverändert. Mehl und Gerste ruhig, russischer Hafer 1/4 lb. höher bei ziemlichem Begehr. Lebhaftes ruhig, fest. Angekommene Weizenladungen geschäftlos, Preise nominal. Schwimmender Weizen stetig, atlantische Sorten 1/4 lb. niedriger, Gerste ruhig, aber stetig, Mais fest, halbdige Mais-Antünfte fest, anderes stetig.

Liverpool, 7. März. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation u. Export 1200 Ballen. Ruhig.

Mittel. amerikan. Lieferungen: März–April —, April–Mai 31%, do. Mai–Juni 34% Verkaufspreis, Juni–Juli 35%, do. Juli–Aug. 37%, do. Räuberpreis, August–Sept. 38%, do. Sept.–Okt. 35%, do. Okt.–Nov. 36%, do. do. —

Berlin, 8. März. Wetter: Frost. Newyork, 7. März. Weizen per März 100%, C., per April 101%, C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 7. März. Im Anschluß an die durchweg niedrigeren Notrungen der fremden Börsenplätze eröffnete die hiesige Fondsbörse heute in lustloser schwacher Haltung und mit belanglosen Umsätzen.

Die tonangebenden Bankwerthe stellten sich um etwa 0,50 Prozent niedriger, um sich bald leicht zu erhöhen. Nebenbanken waren wenig verändert, Berliner Handelsgesellschafts-Anteile fast 1 Prozent niedriger.

Zu durchweg etwas billigeren Preisen zeigten sich inländische Eisenbahntaktien angeboten; österreichische, Lombarden ausgenommen, stärker nachgebend; Buschfehrader verloren 2,25 Prozent; dagegen lagen russische Transportwerthe bei beschränktem Handel verhältnismäßig fest, während schweizerische und italienische in Folge überwiegender, anscheinend auswärtigen Angebots weiter nachgeben müssten.

Auf dem Montanmarkt bewahrten bei regeren Umsätzen Eisen- und Hüttenwerthe feste Haltung, beeinflußt durch den Bochumer Gußstahlverein, dessen Aktien etwa 2 Prozent gewannen, dagegen verkehrten alle Kohlenfertigkeiten flau und zu rückgängigen Preisen. Russische, sowie andere fremde Fonds zeigten bei regerem Verkehr feste Tendenz, Rubelnoten notierten nach anfänglichem Rückgang 0,50 Mark höher als vorgestern. Nach weiterer Erholung schwächte sich die Grundtendenz nicht unwe sentlich wieder ab.

Von einheimischen Fonds gewannen 4 prozent Reichsanleihe 0,20, 31/2 prozent preußische Kontos verloren eben soviel; deutsche, russische und amerikanische Eisenbahnprioritäten lagen ruhig, aber fest, dagegen die übrigen auswärtigen Prioritäten und Serbenwerthe mehr oder weniger nachgebend.

Der Kassamarkt blieb bei belanglosen Umsätzen vorwiegend schwach.

Der Privatdiskont wurde mit 1%, Prozent notiert.

Produkten-Börse.

Berlin, 7. März. Newyork notierte am Sonnabend ca. 1 C. niedrigere Preise; auch die europäischen Märkte waren meist schwach. Hier wirkte heute dazu das milder gewordene Wetter, so daß am Getreidemarkt stärkere Realisationslust vorhanden war, während Käufer sich zurückhielten. Die Ungewissheit, ob die Roggenkündigungen in Holland Aufnahme finden würden, drückte anfänglich ebenfalls. Als später dann die telegraphische Meldung aus Amsterdam einstieß, daß die russischen Käufer die sämtlichen Kündigungen aufgenommen hätten, trat eine leichte Erholung ein. Weizen verfehrte in stillem Geschäft zu um ca. 2% Mark niedrigeren Preisen. Roggen wurde etwas lebhafter umgesetzt; von der anfänglich bis 3% Mark betragenden Einbuße wurde später ein Theil wieder eingeholt. Das Angebot von Roggen vom Auslande ist ziemlich groß; doch stellen sich die Forderungen für den hiesigen Markt zu hoch. Hafer blieb bei stillem Geschäft einige Mark ein. Roggennahrungsmittel und billiger. Rübel matter. Spiritus war in schwächer 1 pr. 100 Reg. br. infl. Sad.

Haltung und bei stillem Geschäft loko und auf Termine etwas billiger.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) p. 1000 Reg. Br. flauer. Termine flau. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko 202–218 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 201 M., per diesen Monat — M., per April–Mai 199,5–200,5 bis 199,5–199,75 bez. per Mai–Juni 201,25–201,50–200,5 bis 201,25 bez. per Juni–Juli 203–203,5–202,5–203,25 bez. per Juli–August 200,5 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko flauer. Termine flau. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko 203–213 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 211 M., per diesen Monat — M., per April–Mai 213–213,5–212–212,5 bez. per Mai–Juni 211,25–211,5–210–210,5 bez. per Juni–Juli 208,5–209–208 bis 208,5 bez. per Juli–August 192–192,5–191–191,75 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. flau. Große und kleine 145–195 M. nach Qual. Futtergerste 146–165 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko flauer. Termine schwankend. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko 152–176 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 156 M. Bomm, preuß. und schles., mittel bis guter 154–162, hochfeiner 170–171 ob Bahn und frei Wagen bez. per diesen Monat — M., per April–Mai 153,25 bis 152,25–153 bez. per Mai–Juni 153,75–152,75–153,5 bez. per Juni–Juli 154,25–153–154,25 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko knapp und höher bezahlt. Termine wenig verändert. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko 136–143 M. nach Qual. per diesen Monat — M., per März–April —, per April–Mai 119,25–119 bez. per Mai–Juni — bez. per Juni–Juli — bez. per Juli–August — bez.

Erdbeer p. 1000 Kilo. Schwarzwe 190–240 M. Futterwaue 165–172 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto infl. Sad. Termine niedriger. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M., per diesen Monat 29,25–29,35–29,25 bez. per April–Mai 29 bis 29,1–29 bez. per Mai–Juni 28,75–28,85–28,75 bez. per Juni–Juli 28,5–28,6–28,5 bez. per Juli–August — bez.

Rübel p. 100 Kilo mit Fas. Matter. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. — M., loko ohne Fas. — M., per diesen Monat — M., per März–April —, per April–Mai 54,3–54,2 bez. per Mai–Juni —, per Juni–Juli —, per Septbr.–Oktober 54,8–54,6 bez.

Trockene Kartoffelfärbärle p. 100 Kilo brutto infl. Sad.

Loko 33,00 M. — Feuchte bgl. p. loko 18,50 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto infl. Sad. Loko 33,00 M.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) p. 100 Kilo mit Fas. in Boten von 100 Br. Termine —. Gefündigt — Loko. Kündigungspreis — M. Loko — M., p. diesen Monat — M., per März–April —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 64,7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — M. Loko ohne Fas. 45,1 bez.